

NACHRICHTEN

Bundesrat friert Vermögen der meistgesuchten Iraker ein

BERN – Auch die Schweiz friert die Vermögen der 55 meistgesuchten Iraker ein. Der Bundesrat hat am Mittwoch die entsprechende Namensliste des UNO-Sicherheitsrates in Kraft gesetzt. Die Liste war am 30. Juni veröffentlicht worden. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sollen die Vermögen der 55 gesuchten Personen «ohne Verzug einfrieren und in den Entwicklungs-Fonds für Irak transferieren». Neben Saddam Hussein und seinen Söhnen sowie engen Verwandten finden sich zahlreiche Minister, Militärs, ranghohe Parteimitglieder und Vorsitzende von Institutionen des gestürzten Regimes auf der Liste.

Banken und Personen, die Gelder halten oder verwalten, von denen anzunehmen ist, dass sie unter die Sperre fallen, müssen dies dem Staatssekretariat für Wirtschaft melden. Betroffen sind auch die Vermögen von Unternehmen, die von den in der Liste genannten Irakern kontrolliert wurden. Bereits am 9. April hatte der Bundesrat beschlossen, die Gelder der ehemaligen irakischen Regierung sowie der von ihr kontrollierten Unternehmen zu sperren. Die 1990 eingeführten Embargomassnahmen (Handelsverbot, Beschränkungen im Flugverkehr, Verbot von Geldtransfer etc.) hatte der Bundesrat Ende Mai aufgehoben.

Krebserkrankungen wegen Asbest

CHUR – Bis heute sind 80 ehemalige Mitarbeiter der SBB an den Folgen von Asbestvergiftungen erkrankt, 58 davon sind ihrem Leiden erlegen.

Neun der Verstorbenen waren Angestellte der ehemaligen Hauptwerkstätte in Chur. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde Spritzasbest als Isolations- und Dichtungsmaterial in Eisenbahnwagen verwendet. Erstmals haben die SBB nun die genaue Zahl der Mitarbeiter beziffert, die an Krebs erkrankt sind, weil sie bei Reparaturarbeiten den gefährlichen Stoff eingeatmet haben. Danni Härry, Pressesprecher der SBB, bestätigte einen Bericht der «Südostschweiz» vom Mittwoch, wonach auf Grund der langen Inkubationszeit von bis zu 40 Jahren davon ausgegangen werden müsse, dass noch weitere ehemalige SBB-Angestellte an Krebs erkranken werden.

3,3-Milliarden-Paket

Der Schweizer Bundesrat verabschiedet Entlastungsprogramm



Der Schweizer Bundesrat hat gestern das 3,3-Milliarden-Paket mit minimalen Retuschen gegenüber der Vernehmlassung verabschiedet.

BERN – Das Entlastungsprogramm ist bereit für das Parlament. Der Bundesrat hat am Mittwoch das 3,3-Milliarden-Paket mit minimalen Retuschen gegenüber der Vernehmlassung verabschiedet. Der Linken geht es zu weit, für die SVP ist die «Zitrone noch lange nicht ausgepresst.»

Das bereinigte Programm entlastet den Bundeshaushalt ab 2006 um 3,272 Milliarden Franken. 2,744 Milliarden werden eingespart, 528 Millionen mehr eingenommen. Das Paket soll von beiden Räten bereits in der Herbstsession behandelt werden.

Nach dem erwartungsgemäss kontroversen Echo in der Vernehmlassung habe der Bundesrat keine wesentlichen Änderungen mehr vorgenommen, sagte Finanzminister Kaspar Villiger vor den Medien im Bundeshaus. Es gehe darum, eine gewisse Opfersymmetrie zu wahren: «Wenn wir etwas heraus-

brechen, fällt das Ganze auseinander.»

Insgesamt verringerte der Bundesrat den anvisierten Spareffekt ab 2006 nur gerade um rund 80 Millionen Franken. Neben einer Schätzkorrektur um 35 Millionen bei der AHV beschloss er vier geringfügige materielle Änderungen. So wird bei den Beiträgen an Wohnheime und Werkstätten für Behinderte nun statt 100 bloss 81 Millionen gespart. Die Beiträge an Lärmschutzmassnahmen werden nur gekürzt statt gestrichen, was das Sparvolumen 2006 um 4 Millionen reduziert.

Das Umstrittenste bleibt

Die Unterstützung des regionalen Personenverkehrs will der Bundesrat stärker aufstocken als zunächst vorgesehen. Von der Idee, die 55 Millionen für das Programm EnergieSchweiz zu streichen rückte der Bundesrat ab. Die Subvention soll auf 20 Millionen reduziert werden. Im Übrigen hielt der Bundesrat

auch bei den umstrittensten Punkten an seinen Vorschlägen fest. So bleibt er dabei, die AHV-Renten 2006 nur der Teuerung, nicht aber auch den Löhnen anzupassen. Dieses einmalige Aussetzen des Mischindex entlastet den Bund um 75 Millionen.

Sanierung noch nicht abgeschlossen

Auch nach der Umsetzung des Sparpakets bleibt im Bundeshaushalt 2006 ein Defizit von 1,9 Mrd. Franken. Gemäss Schuldenbremse müsste dann aber ein Überschuss von 400 Millionen resultieren. Mit einer Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes schlägt der Bundesrat nun vor, den Abbau des strukturellen Defizits über drei bis vier Jahre zu erstrecken. Nach diesem Regime dürfte das Defizit 2006 600 Mio. Fr. betragen. Damit verbliebe 2006 noch ein Korrekturbedarf von 1,3 Milliarden. Die Sanierung des Haushalts ist also laut Bundesrat noch nicht abgeschlos-

sen. Wie die Lücke geschlossen werden soll, lässt er offen. Weiterhin hagelt es von links wie rechts Proteste gegen das Sparpaket: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund kündigte an, ein Referendum zu lancieren, wenn die Abschaffung des AHV-Mischindex im Sparprogramm bleibe. Die SP monierte, der Bund werde zum Job-Killer.

CVP und FDP sind mit dem Sparprogramm grundsätzlich einverstanden. Der Bundesrat hätte aber nicht ohne Kompensation Abstriche von 80 Mio. Fr. machen dürfen, urteilt die FDP. Weiteres Sparpotenzial sieht die SVP. Sie fordert ein zweites Sparpaket. Vor allem bei öffentlichem Verkehr, Umweltschutz oder Auslandsbeziehungen könne weiter reduziert werden.

Die Schweizerische Energie-Stiftung reagierte enttäuscht auf den Entscheid, die Subventionen für EnergieSchweiz von 55 auf 20 Mio. Fr. zu kürzen. Das sei «zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben».

SPENDENAKTION125  JAHRE
VOLKSBLATTSPENDEN SIE 125 CHF
UNTERSTÜTZEN SIE BEIM BAU EINES
JUNGEN- UND KULTURZENTRUMS
IM SÜDSCHWEIZERISCHEN VESELI MIT.EINE GEMEINSAME
AKTION UNTER DEM
PATRONAT DER
PRÄSIDENTIN
DES LRK,
LANDESFÜRSTIN
MARIE UND DES
LIECHTENSTEINER
VOLKSBLATTSSPENDENKONTO: LGT 05 55 125
AKTUELLER KONTOSTAND: 1375 FRANKEN125  JAHRE
VOLKSBLATT